



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/2772, 17/3966

Novellierung kommunalfeindlicher ÖPNV-Verordnung verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin

1. sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass von der schon derzeit im Mitentscheidungsverfahren laufenden Novellierung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Okto-

ber 2007 über öffentliche Personenverkehrsdiens- te auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates auf Bundes- und Europa- ebene vollständig abgesehen wird,

2. sich im Falle der Nichtdurchsetzbarkeit dieser For- derung im Rahmen der weiteren Verhandlungen dafür einzusetzen, dass eine kommunalfreundliche Ausgestaltung erfolgt und unnötige Überregu- lierung verhindert wird.

Hierbei soll sich die Staatsregierung insbesondere für die Berücksichtigung folgender Punkte einsetzen:

- a) Herausnahme der Einführung von multimoda- len Plänen für den öffentlichen Verkehr und damit der hierdurch erfolgenden Einschränkungen der Direktvergabe, die den Kommunen die Erfüllung ihres Aufgabenbereichs erschweren.
- b) Herausnahme der jährlichen Berichtspflichten an die EU-Kommission über Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Kundenzufriedenheit.
- c) Herausnahme des Unterkompensationsver- bots, durch das der steuerliche Querverbund ins Leere laufen würde.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident